

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 318.

Mittwoch 25. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Politische Tageschau.

Leipzig, 25. Juni.

Aus unserem Leserkreis geht uns die Anfrage zu, ob wir angesichts des vom Kaiser kürzlich in Baden mitgetheilten **Zugehörigkeits des Papstes**, daß in Deutschland jeder Katholik ungehindert und frei seinen Glauben leben kann, an die Bestimmung des Bundesrathes zu dem Reichstagsbeschlusse betreffs der Aufhebung des Jesuitengesetzes glauben. Offen gestanden, haben wir uns diese Frage bereits selbst vorgelegt, und wären wir zu einem freudigen „Nein“ gekommen, so würden wir nicht verhehlt haben, diese Ueberzeugung auszusprechen und zu begründen. Bei der Unklarheit unseres letzten Curles und bei der überaus großen Rücksicht, die bisher besonders in Preußen auf das mächtige Centrum genommen worden ist, wagen wir es aber nicht, mit Bestimmtheit zu behaupten, daß das Geständniß des Papstes ausschlaggebenden Einfluß auf die Haltung des Bundesrathes in der Jesuitenfrage haben werde. Jedenfalls läßt sich für die hohe Körperschaft keine günstigere Gelegenheit, für die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes sich auszusprechen, denken, als die durch das Zugeständniß des Papstes geschaffene. Und wird diese Gelegenheit nicht bald benützt, so wird man darauf gefaßt sein müssen, daß nicht nur das Jesuitengesetz, sondern auch das Centrum auf noch weiteren Entgegenkommen besonders der preussischen Regierung rechnen darf. Man muß daher mit besonderer Spannung den nächsten Plenarsitzungen des Bundesrathes entgegensehen, denn sie werden wichtigen Ausschluß darbieten, ob und welchen Gebrauch man regierungsfreudig von der päpstlichen Anerkennung zu machen gedenkt. Ganz wesentlich hängt hiervon selbstverständlich die Bedeutung ab, welche die Worte des Papstes für Deutschland überhaupt haben werden. Einiger Einfluß hierauf fällt allerdings auch der antikerischen Presse und allen denen zu, die in irgend welcher Eigenschaft im Kampfe gegen das Centrum stehen, in erster Linie den sogenannten liberalen Katholiken. Von der Illusion, daß die Ausprägung der päpstlichen Worte durch Versäumnissen und Versäumnissen derer die Lage des Centrums unheilbar machen könnte, sind wir bekanntlich vollkommen frei; nicht einen Augenblick haben wir geglaubt, daß nunmehr das Centrum etwa einen Parteizug einzuwerfen und erklären müßte, es sei jetzt angesichts des päpstlichen Ausspruchs die Auflösung der Partei notwendig. Aber obwohl der Ausspruch des Papstes eine verortete Wirkung nicht ausüben kann, vermag ihm auch die Gegnerschaft des Centrums eine gewisse Bedeutung doch zu geben. Es steht damit nämlich, wie mit der Auslassung des Cardinalis Hohenlohe über die „Vandplage“ des Jesuitenordens. Als vor Kurzem aus dem Briefwechsel Bismarck's dieses Wort des katholischen Reichspräsidenten bekannt wurde, hat sichtlich Niemand geglaubt, das Centrum müsse fortan die Agitation für die Vereitigung des Jesuitengesetzes einstellen; trotzdem ist der erwähnte Ausspruch des Cardinalis mit Recht auf das Gründlichste gegen jene Agitation ausgespielt worden, weil er letztere politisch erstwerte. Es steht mit dem päpstlichen Ausspruch auch ähnlich, wie mit dem Aussprechen des „Genossen“ Bismarck. Als diese veröffentlicht wurden, nahmen höchstens einige Missionspolitiker an, daß Bismarck die marxistische socialdemokratische Partei auflösen würde; aber auch die, welche nicht so phantastisch dachten, trugen mit Recht kein Bedenken, Bismarck's Agitation gegen das marxistische Dogma auszusprechen, weil dadurch die Stellung der in der socialdemokratischen Partei gezeigten Bekanntheit jenes Dogmas politisch erstwert wurde. Unter demselben Gesichtspunkte kann der päpstliche Ausspruch ein solches Impediment darbieten gegenüber den Ansprüchen unserer Clerikalen werden, zunächst in Bezug auf die clericale Agitation selbst. Ob es ist es auf keinen Fall förderlich, wenn den lautesten ultramontanen Klängen im Reich durch Wort und Schrift entgegengehalten wird, daß unter Umständen — um ein Wort Bismarck's zu gebrauchen — der Papst deutschfreundlicher ist, als die deutsche Centrumpartei. Es fragt sich aber auch hier wieder, mit welchem Gesicht, mit welchem Nachdruck und in welchem Umfang die Centrumsgegner die Waffe benutzen werden, die ihnen durch den päpstlichen Ausspruch in die Hand gegeben worden ist. Und bedenkt man, welche Parteien aus Wahlrücksichten sich in das Schlepptau des Centrums haben nehmen lassen und wie viel Unterstützung es für seinen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes im Reichstage gefunden hat, so wird man seine Erwartungen nicht hoch spannen dürfen.

Die **Gemeinderatswahlen** in **Wiesbaden** haben durch die Nachwahlen am verfloffenen Sonntag ihren Abschluß gefunden. Die Nachrichten aus den kleineren Orten und Städten lassen ein bestimmteres und genaueres Urtheil über die Zusammensetzung der neuen Gemeindevertretung noch nicht zu; aber so viel darf schon heute behauptet werden: die eigentliche Politik, d. h. die Frage des Protestlerthums, spielte bei diesen Gemeinderatswahlen gar keine Rolle mehr; nur in Colmar erstörten hier und da Stimmen, die nach Frankreich hinüber schrien. Aber in die absolute clericale Vorherrschaft ist dort, Dank dem Liebreiz des Heißhorns Platte

Wetterle, eine gewaltige Welle ergoß; die Ultramontanen versuchten deshalb auch, den Herrn Wetterle abzuschütteln und ihm den Rittersitz allein anzuschreiben. Noch schlimmer erging es dem Clerikalisten in Wülhausen, wo die socialdemokratisch-demokratische Liste einen bedeutenden Erfolg davontrug; der dortige Gemeinderath besteht nach dem Ausfalle der Wahlen aus 13 Demokraten, 13 Socialdemokraten und 10 Parteilosern. Hier hat der Eigensinn des Herrs Winterer, der alle gemäßigten Candidaten von der Wahlliste strich, viel zu der Niederlage der Clerikalen und dem Siege des radicalen Elements gethan. Die clericale Verhältnisse in Wülhausen liegen übrigens seit geraumer Zeit eigenartig und sind in Folge der großen finanziellen Anforderungen an die Gemeinde durch Rationalisationsarbeiten und durch andere Unternehmungen nicht erquicklicher Natur; die jüngsten Wahlen bilden den Ausdruck der Unzufriedenheit mit der vorigen Gemeindevertretung. Mit erfreulichen haben sich die Verhältnisse in Weg geklärt, wo fortal Einheimische und Ausgewanderte in gleicher Zahl im Gemeinderath sitzen. Eine große Ueberraschung für die den Dingen ferne Stedten und für den Staatssecretär v. Ritter brachte das endgültige Wahlergebnis in Straßburg; die Socialdemokraten haben glänzend gesiegt. Der neue Gemeinderath besteht aus 14 Liberalen, 13 Socialdemokraten, 4 Demokraten, 4 Clerikalen und 1 Parteilosern. Staatssecretär v. Ritter bejaht sich somit in einer gemäßigten Lösung, als er jüngst im Reichstage getragenen der Beratung über Aufhebung des Diktaturparagrafen triumphierend austrat, die Socialdemokratie werde niemals Voten im Reichstage finden. Der Ausgang der Gemeinderatswahlen in Straßburg und Wülhausen hat ihm gezeigt, wie schlecht er sich über die Bewegung in diesen Städten zu unterrichten vermag. Er kann es, wenn er noch bis dahin im Amt bleibt, erleben, daß die Städte Straßburg und Wülhausen Socialdemokraten in den Landesparlamenten schicken!

Aus Paris wird heute telegraphisch gemeldet: Einer offiziellen Note zufolge werden die durch die geplante Einführung des **zweijährigen Militärdienstes** in Frankreich notwendigen Reformen eine Nachtragsgesetzgebung von 70 Millionen Francs verursachen. Im Senat gab gestern der Kriegsminister General André seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß alle Reformen darin einliegen, es dürfe der Schlagfertigkeit der Armee keine Einbuße geschehen. Renner betonte, daß es die Aufgabe des Officiers sei, erquicklich und bildend auf seine Leute einzuwirken, und daß die Notwendigkeit des militärischen Gehirns hervor. Die zweijährige Dienstzeit werde ein Mangel von 50000 Mann zur Folge haben, diese Lücke werde unter Anderem durch die Verabreichung des Militärdienstes und die Festsetzung der Zahl der jährlichen Capitulationen auf 25000 ausgefüllt werden. Das Gesetz werde erst in vier Jahren völlig in Wirksamkeit treten, von keinem Gesichtspunkte aus werde ein Heer mit zweijähriger Dienstzeit ein minderwertigeres sein, als ein solches mit einer dreijährigen. Der Minister schloß mit der Bitte, der Vorlage zuzustimmen. Nachdem Johann Admiral de Cuverville die Vorlage bekämpft, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Vertreter Australiens und Neuseelands werden ungewissheit unter den Colonialministern diejenige sein, die auf der wohl trotz des Aufstehens der Kolonialministerlichen Ausschüsse **britischen Reichsconferenz** der Londoner Regierung am meisten zu schaffen machen werden, da sie sich die Bekämpfung von Fragen vorzuziehen haben, die nicht allein das britische Reich, sondern auch andere Mächte angehen. Die Abtretung Samoa an Deutschland hat bekanntlich in Australien und Neuseeland einen großen Stoß hinterlassen, und der von dem Colonialsecretär Chamberlain angeregte und angelegte Gedanke, daß die Colonien in Sachen der Reichspolitik um Rath gefragt werden müssen, ist im Begriff, die ersten Früchte zu tragen. Der Premierminister des australischen Bundes, Barton, und sein Colleague von Neuseeland, Seddon, haben ihre eigenen Begriffe über „britische Oberherrlichkeit“ im Stillen Weltmeer. Aber was Samoa betrifft, so werden diese Herren über feststehende Verträge wohl vorläufig nicht hinaus können, selbst wenn Seddon einige Bataillone Maoris mobilisirt. Mehr Gelegenheit werden sie, so schreibt der „Schwedische Mercur“ dem britischen Außenminister Amt wahrscheinlich mit Bezug auf die Neuen Hebriden bereiten. Die britische Regierung führt seit geraumer Zeit mit Frankreich Verhandlungen betreffs der Errichtung eines gemeinsamen Gerichtsbezirks, der in Land- und sechshundert Streitigkeiten entscheiden soll, die zu vielen Verwicklungen zwischen Weibern und Eingeborenen auf den Neuen Hebriden Veranlassung geben. Diese Verhandlungen dauern den Australiern zu lange und die australische Bundesregierung unterstützt thatächlich seit Kurzem bereits eine von Sidney ausgehende Dampflinie, die britische Seefahrer nach den Neuen Hebriden befördert, und zwar verfährt sie mit dieser Linie zum Zweck, den britischen Einfluß auf jenen Inseln zu verfestigen. Natürlich sind die französischen Beherrschungen in den Neuen Hebriden den Australiern ein Dorn im Auge. Auch über die Holländer in

Neu-Guinea haben die Bewohner des australischen Bundes, und namentlich die Queenslandler, sich zu beklagen. Die Regierung der Niederlande hat an der Wahrung des Marouttschiffes eine neue Niederlassung in größerem Maßstab, und zwar im Besonderen zum Zweck der Betreibung der Perlenfischerei, genehmigt. Dabei dient sie sich der Arbeit von Farbigen. Außerdem läßt die niederländische Regierung dort bereits Casernen bauen, um eine Station für Sträflinge von Java zu errichten. Die Australier, deren Gefühlsregung der Beschäftigung von Farbigen große Beschränkungen auferlegt, möchten, daß die Holländer dieselben Beschränkungen zur Anwendung bringen; und überdies wünschen die Queenslandler, so nahe ihrer Küste (das britische Neu-Guinea ist ungefähr 100 Seemeilen von Queensland entfernt) keine Sträflingsstation errichtet zu sehen. Philip, der Premierminister von Queensland, richtete an die Bundesregierung sofort einen Protest gegen die Absicht der holländischen Regierung, den Aufbruch von Java in der unmittelbaren Nähe der Colonie abzuweisen. Diefem Protest soll am Batou auf der Reichsconferenz den gehörigen Nachdruck gehen. Kurz, die ganze Tendenz der australischen Bundespolitik geht darauf hin, anderen Völkern im pacifischen Meere das Leben sauer zu machen und sie womöglich zu entfernen, so daß der Bund die ausschließende Gewalt britischer Autorität in dem ganzen pacifischen Inselgebiete würde. Natürlich wird es damit noch gute Weile haben. Aber von der Tendenz muß jedenfalls Notiz genommen werden. Zwischen Siam und ein anderes kleines Bundesproject durchzuführen. Die Siam-, Tonga- und andere Inselgruppen sollen unter die Fittige der Regierung von Neuseeland gestellt werden, so daß dann das Reichthum eines britischen Obercommissars im pacifischen Meere abgetheilt und dessen Machtvollkommenheiten in die Hände Seddon's fallen würden. Selbst die Empfindlichkeit des verbündeten Japan werden die colonialen Premierminister nicht sparen. Die Australier wollen durchaus der japanischen Einwanderung einen Riegel vorschreiben, und in diesem Punkte wird dem Herrn Barton und Seddon die Unterstützung Sir Wilfrid Laurier's zu Theil werden, da auch Canada gegen die Einwanderung des „kleinen gelben Mannes“ von Japan sehr starke Einwendungen zu machen hat. Chamberlain wird also viel zu thun haben, um zu verhindern, daß die mit vielen Rathschlägen und Wünschen ansehnlichen Premierminister des „Großbritanniens“ ihm nicht die Bügel aus der Hand reißen.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. Juni. (Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1901.) Der Vorsitzende der Generalcommission der socialdemokratischen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Legien, veröffentlichte seinen weisheitlichen Bericht über die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1901. Es geht daraus hervor, daß die gewerkschaftlichen Verhältnisse dieses Jahres überwiegend einen Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften bedingten. Die Centralorganisationen verloren gegen das Vorjahr 2917 Mitglieder, da sie von 650 427 auf 677 510 zurückgingen, die localen Vereine hatten 9369 Mitglieder gegen 9560, büßten demnach 500 ein, die unabhängigen Vereine verloren 4993, indem sie von 54 644 auf 49 651 sanken; die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften dagegen stiegen von 91 061 auf 96 765, gewannen demnach 5704 Mitglieder. Von den christlichen Gewerkschaften liegt nur die Zahl aus dem Jahre 1900 vor, die sich auf 159 770 beläuft. Während die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder von 22 844 auf 23 600, also um 756, erhöht. Die Gesamtsumme der Gewerkschaften betrug 9 722 720 M., die Ausgabe 8 967 168 M. Von den Ausgaben entfiel die größte Einzahlung auf Streikunterstützungen, wofür 1 878 792 M. ausgegeben wurden. Bezugszahl wurden ferner für Rechtschutz 89 705 M., für die Unterstützung von Gewerkschaften 195 173 M., für Reiseunterstützungen 607 127 M., für Arbeitslosenunterstützung 1 235 197 M., für Krankenunterstützung 772 587 M., für Invalidenunterstützung 130 941 M., für Beihilfen in Noth- und Sterbefällen 194 668 M., für das Verbandorgan 782 737 M.

Berlin, 24. Juni. (Erinnerungen an den Fürsten Eitelburg Hohenlohe.) Wie schon gemeldet worden, beginnt die Wäandener „Allgemeine Zeitung“ mit der Veröffentlichung histoischer Aufzeichnungen des langjährigen Ministerialrathes im bayerischen Ministerium des Reichens, Freiherrn von Eitelburg Hohenlohe, über den verstorbenen Reichsfürsten Fürsten zu Hohenlohe. Wie haben aus dem vorliegenden ersten Abschnitte der Mittheilungen folgendes, weiter actual gemordeten Meinungsaustausch hervor: Zur Zeit des Frankfurter Fürstentages war es, daß der Fürst mit gemüthlicher zum ersten Male eine Idee ausdachte, die leider noch immer nicht jene allgemeine Beachtung gefunden hat, welche ihr gebührt. „Es ist bedauerlich“, sagte er, „daß man auf dem Wege des Fortschritts nicht festgehalten hat. Nehmen Sie zum Beispiel das deutsche Eisenbahnwesen. Jedes der